

Wie dringend in Westdeutschland eine Bodenreform ist, zeigt auch die Tatsache, daß nach sieben Jahren Adenauer-Herrschaft von den 400 000 umgesiedelten Bauern- und Landarbeiterfamilien nur fünf Prozent wirklich in die Landwirtschaft eingegliedert worden sind. Im Mai 1956 erklärte der Bundestagabgeordnete Eisner (GB/BHE), daß „162 000 Bauernfamilien seit zehn Jahren vergeblich darauf warten, eingegliedert zu werden“, also Land zu bekommen. Die Großagrarien und Junker verfügen über 6 104 000 ha Betriebsfläche; 2 Mill. ha hätten ausgereicht, jedem Umsiedlerbauern 5 ha zu geben.

Die Politik der Monopolisten und Großgrundbesitzer aber trieb diese Bauern dazu, ihre Hoffnung aufzugeben, und so sind 200 000 ausgewandert oder haben andere Berufe ergriffen.

Die Entmachtung des Großgrundbesitzes, der Keimzellen des Militarismus, wurde im Potsdamer Abkommen feier-

lich proklamiert; Die Westmächte aber haben diese Demokratisierung in Westdeutschland hintertrieben. Die Enteignung des Großgrundbesitzes — durch Volksentscheid 1946 durch den Willen des Volkes befürwortet — wurde durch die Machthaber in Bonn verhindert,

\*

In der Deutschen Demokratischen Republik wurden durch die Bodenreform 3 298 082 ha Land an 5<sup>9</sup> 089 Bodenempfänger verteilt. Darunter befanden sich 119 121 landarme Bauern und Landarbeiter sowie 91155 Umsiedler. Bis zum 1. Januar 1950 wurden 210 276 Neubauernstellen mit einer Durchschnittsgröße von 8,1 ha geschaffen.

Durch Aufstockung erhielten 122 321 Bauern, die vorher nur 2,8 ha bearbeiteten, Land- und Waldzuteilungen und damit eine gesicherte Existenz. Diese 3 298 082 ha Land besaßen ehemals 7160 Junker und Großagrarien\*.

\*) Siehe 17. Tagung des ZK der SED.

## Leserzuschriften

### Wir schreiben die Roßweiner Arbeitergeschichte

Im Jahre 1955 fand bei uns in Roßwein, Kreis Döbeln, ein Schul- und Heimatfest statt (eine Tradition seit über 120 Jahren). Dazu erschien eine Festschrift, die auch Beiträge über die Geschichte der Stadt und der Arbeiterbewegung enthielt. Weiteres Material zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung wurde im vorigen Jahr für eine Ausstellung „Zehn Jahre SED“ zusammengetragen. Jetzt geht es uns darum, diese Arbeit fortzusetzen und eine möglichst geschlossene Darstellung über die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Roßwein zu geben.

Angeregt durch die Beiträge der Genossen Gemkow und Fleischer in Nr. 17, 1956, und 21, 1956, des „Neuen Wegs“ über die Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung in den Gemeinden, Städten und Kreisen unserer Republik, will ich meine Erfahrungen und unsere Arbeitsweise mitteilen.

Mit dem Parteikabinet, der örtlichen Parteileitung und der Schule führte ich Besprechungen durch. Die Sekretäre der Wohngebietsparteiorganisationen teilten die Namen von Partei- und Gewerkschaftsveteranen mit, und am 22. Oktober 1956 fand die erste Zusammenkunft statt. 17 Veteranen, drei Genossen Geschichtslehrer sowie Schüler und Schülerinnen einer der oberen Klassen der Mittelschule waren der Einladung gefolgt.

In der ersten Zusammenkunft behandelte das Aktiv der Parteiveteranen den Zeitabschnitt von 1890 bis 1900. Natürlich spielte auch das Sozialistengesetz eine große Rolle. Genosse Kaufmann, der Lehrer, stellte die Fragen an die Genossinnen und Genossen, eine Stenotypistin hielt alles fest, ich machte mir gleichfalls umfangreiche Notizen, und außerdem schrieben die Schülerinnen und die Schüler die Erinnerungen mit. In der